SAZ Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
27. Jahrgang / Nr. 11
November 2018
Preis: eine Spende
Nummer: 318
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Die erfolgreiche Entwicklung Thüringens fortsetzen!

Die Delegierten des Stadtverbandes Suhl auf der 2. Tagung des 6. Landesparteitages der LINKEN in Weimar *Foto: I. Burandt*

Die 2. Tagung des 6. Landesparteitages beschloss am 27. Oktober 2018 die Strategie der Partei DIE LINKE. Thüringen für die Landtagswahl 2018. Im folgenden zitieren wir aus der Einleitung.

Verantwortung tragen. Die von der LINKEN geführte Rot-Rot-Grüne Thüringer Landesregierung ist erfolgreich. Wir haben nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Das ist wahr. Aber wir haben gute Entwicklungen angestoßen und Erfolge erzielt. Und wir haben gezeigt, dass eine andere Politik möglich ist! Wir haben die soziale Gerechtigkeit zum Regierungsauftrag gemacht, mehr Demokratie und Mitbestimmung ermöglicht, ebenso den Schutz der Umwelt gestärkt, wir haben dem Fremdenhass eine klare Absage erteilt... Und wir haben bewiesen, dass eine solidarische, ökologische Politik und wirtschaftliche Stabilität kein Widerspruch sein müssen. Die Menschen in Thüringen bewerten die Arbeit der Landesregierung deshalb auch mehrheitlich positiv. Diese Entwicklung können und wollen wir fortsetzen, im Interesse der in Thüringen lebenden Menschen. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten mit einem sehr guten Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2019. Unser Anspruch, mit SPD und Grünen eine „Koalition auf Augenhöhe“ zu führen, hat sich als zuverlässige Grundlage der Zusammenarbeit erwiesen. SPD und Grüne bekennen sich zur Weiterführung der Koalition. Auch wir wollen nach der Landtagswahl diese Koalition fortführen, mit Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten. Auch bundespolitisch ist die Thüringenwahl von herausragender Bedeutung, in dreifacher Weise. Erstens ist die Große Koalition in Berlin nicht willens, die Herausforderungen der sozialen Spaltung und zunehmender Unsicherheit anzugehen und zu lösen. Eine gerechte Steuerpolitik, wirksame Maßnahmen gegen Altersarmut, Lohn- und Rentenangleichung im Osten – um nur ein paar der dringendsten Aufgaben zu nennen: Fehlanzeige... Auch wenn die Spielräume dafür auf Landesebene zum Teil eng sind, etwa bei der Schaffung öffentlich geförderter Arbeitsplätze oder bei Sozialleistungen für hilfebedürftige Familien, so macht eine solidarische Landespolitik doch einen Unterschied!... Dies zeigte sich zuletzt auch in den Kommunen, wo rot-rot-grüne Wahl- oder Unterstützungsbündnisse bei der Kommunalwahl 2018 vielerorts überzeugen konnten.

Zweitens ist ein Fortbestand von Rot-Rot-Grün in Thüringen ein wichtiges Signal gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland. Wir werden damit den praktischen Nachweis erbringen, dass der Aufschwung rechtsnationaler Politik aufhaltbar und umkehrbar ist, und dass der Schlüssel dafür in einer sozialen Politik liegt, die Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiert.

Drittens stellt sich 2019 der erste LINKE-Ministerpräsident und eine von der LINKEN geführte Koalition erstmals zur Wiederwahl. Damit steht die Frage im Raum, ob sich stabile Regierungen links von der CDU etablieren können und damit auch im Bund die Chance für ein solches Bündnis steigt. Auch in dieser Hinsicht tragen wir, trägt DIE LINKE in Thüringen eine große Verantwortung.

Linke Mehrheiten sind möglich

In Hessen hat es nicht gereicht. Der knappe Ausgang zeigt jedoch, dass es sich lohnt, für eine gerechtere Politik zu kämpfen. Die Grünen gehen nun wahrscheinlich eine „Jamaika-Koalition“ ein. Aber: Warum profitierte die LINKE nicht stärker von den Verlusten der SPD? Das ist die Hauptfrage für die gesamte Partei. Der Absturz der SPD setzt sich fort, er wird sich fortsetzen, mindestens bis zum radikalen Bruch mit der Agenda-Politik und den dafür Verantwortlichen. Über den Absturz der SPD können wir uns als LINKE in Thüringen am allerwenigsten freuen.

Durch das Zusammenwirken der Kräfte links von der CDU auf Augenhöhe konnte hier eine erfolgreiche Politik gemacht werden. Seit über vier Jahren hat die Regierung von Bodo Ramelow viele Versprechen eingelöst, wenn auch unter dem Störfeuer von rechts noch nicht alle Ziele realisiert werden konnten. Zum 1. Januar 2019 wird mit den Straßenausbaubeiträgen eines der größten Ärgernisse, das unter Verantwortung der CDU gegen die BürgerInnen geschaffen wurde, abgeschafft. Was die CDU den Jüngsten des Landes jahrzehntelang verweigert hat, die ausreichende Einstellung junger LehrerInnen, kann nicht in einer Legislaturperiode nachgeholt werden. Es ist höchst unredlich, wenn die Verursacher des Mangels denen, die mit Tatkraft und Weitsicht an seiner Beseitigung arbeiten, die Folgen ihrer CDU-Politik vorwerfen. Sie sollten ihr eigenes Versagen eingestehen!

Auch auf kommunaler Ebene sind linke Mehrheiten möglich. Vor einer Woche hat sich in der Universitätsstadt Ilmenau bereits im ersten Wahlgang für das Amt des OB der Kandidat des linken Bündnisses durchgesetzt, und heute gewann der Kandidat des Schleusinger Linksbündnisses die Stichwahl überlegen.

– Eckhard Griebel –

Kommunalpolitische Grundsätze der LINKEN in Thüringen für die Kommunalwahlen 2019

Die folgenden Auszüge der auf der 2. Tagung des 6. Landesparteitages in Weimar beschlossenen Grundsätze zitieren wir auf der Grundlage des vom Landesvorstand am 19.10.2018 beschlossenen Antrages an den Parteitag.

Gemeinsam und solidarisch gestalten. Lebensnah, direkt, demokratisch – Politik ist greifbar, wenn sie etwas „vor der eigenen Haustür" gestaltet. Ob nun in der Kommune, im Dorf, in der Stadt oder im Landkreis - hier erleben wir Entscheidungen und können sie auch beeinflussen. Wenn DIE LINKE Kommunalpolitik macht, dann öffnet sie sich den Wünschen und Sorgen aller EinwohnerInnen und ermöglicht es ihnen, eigene Ideen umzusetzen, sich direkt zu beteiligen und mitzubestimmen, demokratisch und solidarisch.

Nur gemeinsam stellen wir sicher, dass alle EinwohnerInnen sozial abgesichert sind und von einer öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren: Wir alle möchten eine bezahlbare und später auch barrierefreie Wohnung haben, eine gut ausgestattete Schule oder Kita für unsere Kinder und Enkelkinder. Wir wünschen uns medizinische Versorgung vor Ort, Kulturgenuss und Sportmöglichkeiten und natürlich wollen wir uns mit Bus oder Bahn überall hin bewegen können. Zudem erwarten wir sauberes Wasser, eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung und selbstverständlich wollen wir angebunden sein an das Mobilfunknetz und das Internet.

Wenn wir uns vor Ort um all die Belange des kommunalen Lebens kümmern können, dann sprechen wir über eine starke Selbstverwaltung. Die Kommunen verwalten sich selbst, denn sie wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird. Für viele Kommunen ist es schwierig, Aufgaben sachgerecht zu erfüllen, weil Geld oder Personal oder beides fehlen. Dabei bleiben zunehmend zuerst die so genannten "freiwilligen Leistungen" (Kultur, Sport usw.) auf der Strecke. Doch Jung und Alt ist es wichtig, sich beim Sport oder im Theater zu treffen, sich zu erholen, Zeit miteinander zu verbringen. Ob Fußball spielen oder Malkurs, es geht um Lebensqualität.

Als LINKE handeln wir friedlich und solidarisch. Unsere politische Arbeit wird geprägt von dem Ziel, niemals das Zuhören zu vergessen, stets offen und ansprechbar zu sein. Wir sind die Kraft vor Ort, wir sind DIE LINKE.

Die Kommunalpolitik der LINKEN in Thüringen fußt auf folgenden Grundsätzen: Wir sind ORIGINAL SOZIAL! Wir streiten für soziale Gerechtigkeit und kämpfen gegen die soziale Spaltung. Kein Mensch darf abgehängt, ausgeschlossen oder verdrängt werden. LINKE Kommunalpolitik ist soziale Politik. Wir stärken das demokratische Miteinander. Wir sichern die kommunale Daseinsvorsorge.

Das A und O! Nichts ist wichtiger als das persönliche Gespräch. Wir reden mit den EinwohnerInnen. Wir sind als KommunalpolitikerInnen stets ansprechbar. Wir reagieren auf Ideen und Sorgen. Politik von oben herab lehnen wir konsequent ab. Wir schicken niemanden weg.

Gemeinsam ist Alles! Wir erarbeiten gemeinsam mit den EinwohnerInnen Lösungsvorschläge, sind transparent, kommunizieren unsere Entscheidungen fortlaufend, damit sie nachvollziehbar sind. Beteiligung und Mitbestimmung sind uns wichtig. Als LINKE handeln wir solidarisch und nach den Grundsätzen des gemeinsamen Zusammenlebens.

LINKS ist LINKS! Wenn wir Politik vor Ort gestalten, beachten wir auch die programmatischen und ideellen Grundsätze und Beschlüsse der LINKEN auf Bundes-, Landes- und Europaebene. Wer für DIE LINKE Politik macht, vertritt LINKE Standpunkte.

Wir sind nicht allein: Die Welt prägt unser Leben vor Ort. Politik in den Kommunen kann nur so viel erreichen, wie bereits gesteckte Grenzen es ermöglichen. Manchmal können Wünsche nicht erfüllt werden, weil Kommunalpolitik gebunden ist an Gesetze des Bundes, des Landes, und natürlich beeinflusst auch Europa unser Leben. Umso wichtiger ist, dass Europa von den Kommunen her gedacht wird. Denn ein bürgernahes und soziales Europa braucht als Garant starke Kommunen.

Prinzipiell benennen wir alle Entscheidungen anderer Ebenen, die zu Lasten der Kommunen gehen, deutlich nach außen. Als LINKE ist es auch vor Ort unsere Pflicht, fortwährend Kritik zu üben an Rahmenbedingungen, die auf anderen politischen Ebenen festgelegt worden sind. Wir wollen uns mit Kritik nicht zufrieden geben. Kommunalpolitik lebt nicht losgelöst von globalen und nationalen Problemen: Internationale Konflikte, eine neoliberale Globalisierung, Klimawandel, Herausforderungen der Integrationspolitik oder eine erstarkende Rechte, die zunehmend den gesellschaftlichen und politischen Diskurs bestimmt - alles wirkt sich auf das Leben der Menschen und das politische Handeln in den Kommunen aus. Als LINKE bewegen wir uns mit offenen Augen durch die Welt und erkennen, wie sich die sozialen Widersprüche in der Gesellschaft verstärken, die Kluft zwischen den Menschen wächst, auch zwischen städtischen und ländlichen Regionen. LINKE Kommunalpolitik stellt sich diesen Herausforderungen und wirkt auch über die kommunale Ebene hinaus.

#r2g in Thüringen hat die Kommunen im Blick und handelt. Wir machen´s gerecht. Und das, obwohl nach 24 CDU-regierten Jahren die eigenen Einnahmen der Thüringer Kommunen noch immer geringer sind als in den alten Bundesländern. 24 Jahre CDU-Regierung ließen die Kommunen verarmen.

Rot-Rot-Grün handelt. Für leistungsstarke Kommunen greift das Land den Kommunen mit dem Kommunalen Finanzausgleich kräftig unter die Arme. Das Volumen des Finanzausgleichs betrug im Jahr 2018 fast 2 Milliarden Euro. Landeszuweisungen und Steuermehreinnahmen zusammengerechnet standen den Kommunen thüringenweit im Jahr 2017 im Vergleich zum letzten CDU-regierten Jahr 2014 700 Mio. Euro mehr zur Verfügung. Für die Jahre 2018 und 2019 wurde ein kommunales Investitionspaket in Höhe von insgesamt 200 Millionen Euro den Kommunen für Schulen und Sport-

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Dezember-Ausgabe 2018 ist am 23.11.2018

plätze, für die Feuerwehren und für kommunale Krankenhäuser zur Verfügung gestellt. Kurorte erhalten in Thüringen seit 2016 für den Ausgleich ihrer Mehrbelastungen erstmals Jahr für Jahr 10 Mio. Euro Sonderzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Im Zusammenhang mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform wurden über 200 Mio. Euro im Landeshaushalt 2018 und 2019 für Fusionsprämien und Entschuldungshilfen zur Verfügung gestellt.

Zusammen schaffen wir´s: Mit zwei Gemeindeneugliederungsgesetzen und dem Beschluss des Thüringer Landtages über die Leitlinien zur Neugliederung der Gemeinden wurde in Thüringen ein großer Schritt zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen gemacht. Weit über 300 Gemeinden werden im Rahmen der Freiwilligkeit die Chance zur Schaffung zukunftsfester Strukturen nutzen, weitere werden noch hinzukommen. Für 2019 planen wir ein drittes Gemeindeneugliederungsgesetz.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Thüringer Gemeinden haben wir das Ortsteilrecht ausgebaut und somit nachhaltig die Mitbestimmung der Ortsteilräte in ihren Angelegenheiten gestärkt. In einem ersten Schritt haben wir das Kommunalabgabengesetz weiterentwickelt und die Selbstverwaltung der Gemeinden und Städte gestärkt. Können sie nachweisen, dass sie dauernd leistungsfähig sind, können sie schon jetzt die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Das ist bereits in Schmölln geschehen. Gemeinsam mit der SPD und den Grünen arbeiten wir an der vollständigen Abschaffung dieser Zwangsabgabe - und an einer rechtssicheren Lösung für die Zukunft. Noch in dieser Legislatur soll es soweit sein: Straßenausbaubeiträge sollen in Thüringen Geschichte sein. Wir machen´s gerecht.

Wir setzen uns auch weiterhin für eine Stärkung der Kommunen ein. Langfristig bleiben wir bei der Forderung, dass den Kommunen ein stärkeres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen muss. Dazu gehört nach dem Vorbild Österreichs die Umsetzung langfristiger Forderungen, wie eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten können. Dazu gehört auch eine stärkere Beteiligung der Gemeinden und Städte am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, um finanziell unabhängiger von politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu werden.

Eine Vielzahl an politischen Entscheidungen der letzten Jahre wäre ohne die kontinuierliche Thematisierung von Fehlentwicklungen durch DIE LINKE nicht denkbar gewesen. Dass die Wasserbeiträge abgeschafft und die Abwasserbeiträge gekappt wurden, ist auch ein Verdienst LINKER Kommunalpolitik.

100 Jahre November 1918

Der Historiker Dr. Stefan Bollinger kommt am 14. November dieses Jahres zum dritten Mal zu einer Veranstaltung des Suhler Gesprächskreises alternativ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er hat sein neues Buch mit dem Titel „November ´18. Als die Revolution nach Deutschland kam“ im Gepäck. Es geht also um eine deutsche Revolution, die hierzulande gern abwertend nur als ein kurzer Aufstand betrachtet wird, der kaum Lehren für die Gegenwart bietet. Mit dieser Abwertung rechnet Bollinger ab. Für ihn ist die deutsche Revolution von 1918 ein des aufmerksamen Gedenkens würdiges historisches Ereignis, das nur verstanden werden kann, wenn es als „Teil eines Jahrzehnts radikalen Wandels, gesellschaftlichen, politischen und auch geopolitischen Umbruchs zwischen 1914 und 1923, zwischen dem Beginn eines Weltkrieges und dem Beginn einer Phase der relativen Stabilisierung in den meisten europäischen Staaten“ betrachtet wird (S. 187).

Diesen welthistorischen Zusammenhang im Hinterkopf nimmt uns der Autor mit auf eine Zeitreise in die Revolutionstage vor 100 Jahren. Historische Quellen sind bei ihm nicht ans Ende des Buches verbannt, sie sind unmittelbarer Bestandteil des Textes, kurz und prägnant. Damit wird eine Zeit lebendig, in der sich die Ereignisse überschlagen und Aktionszentren zwischen Kiel, Berlin und München wechseln. Der Leser nimmt teil an den hitzigen Diskussionen unter Matrosen, Arbeitern und Politikern, er erfährt von persönlichen Briefen und von Kommentaren ganz unterschiedlicher Zeitungen. Er wird vertraut mit dem Wortlaut der Resolutionen von Arbeiter- und Soldatenräten vieler deutscher Städte. Diese zeigen vor allem die großen Möglichkeiten für einen revolutionären Umsturz der Gesellschaft, deren Verwirklichung allerdings durch das Bündnis der MSPD unter Ebert, Noske und Scheidemann mit der nur zum Teil entmachteten Reaktion verhindert wurde. So konnte nichts werden aus den Forderungen und Erwartungen der Arbeiter, Bauern und der vom imperialistischen Krieg bis an den Rand des Ertragbaren erschöpften Massen für eine an die Wurzeln gehende Veränderung in der Gesellschaft. Rosa Luxemburg schrieb: „Die jetzt begonnene Revolution des Proletariats kann kein anderes Ziel und kein anderes Ergebnis haben als die Verwirklichung des Sozialismus.“ Und dieses Ziel schließt nicht nur die politische Macht der Arbeiterklasse ein, sondern auch den „Aufbau der Wirtschaft auf ganz neuen Grundlagen“ (zitiert nach: Bollinger, S. 191).

Dennoch hat – wie der Autor hervorhebt – die deutsche Novemberrevolution auch eine Reihe wichtiger politischer und sozialer Veränderungen erkämpft. Dazu zählen nicht nur die Abdankung des Kaisers und die Ausrufung der demokratischen Republik, sondern auch die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, das Wahlrecht für Frauen, die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages auf 8 Stunden und weitere soziale Zugeständnisse. All das sind Fortschritte, die in anderen europäischen Ländern erst in den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts erkämpft wurden.

Stefan Bollingers beeindruckendes Buch erinnert seine Leser nachdrücklich daran, auch heute grundsätzliche Ziele der linken Bewegung nicht aus dem Auge zu verlieren. Schon Marx und Engels mahnten die Arbeiterpartei, „nicht ihre ganze ´Kraft und Energie´ auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaft“ zu verwenden. (Zitiert nach Bollinger, S. 206) Der November 1918 lehrt: Es sind die großen Ziele, die Massen in Bewegung setzen.

-Karlheinz Walther-

Erfolgreiche interkulturelle Woche in Suhl

Eröffnung der Interkulturellen Woche auf dem Marktplatz in Suhl Foto I. Burandt

Wir konnten ein sehr positives Resümee zum Abschluss der interkulturellen Woche ziehen.

Hervorzuheben ist zunächst die Auftaktveranstaltung am Samstag, dem 22. September. Den Suhler Marktplatz erfüllte ein buntes, kulturvolles Leben. Flüchtlinge, Migranten und Suhler Bürger gaben sich ein Stelldichein. Akteure boten eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich zu informieren und mitzumachen. Malen, Basteln, Schminken und vieles mehr war im Angebot. Es gab auch Leckeres zum Probieren, köstlich war das Gebäck syrischer Flüchtlinge, die Kochshow war ein Magnet. Besondere Anziehungskraft hatte auch das Märchenzelt, das viel Zuspruch bei Groß und Klein fand.

Beeindruckend war für mich auch die Buchlesung „Der fremde Deutsche“. Dr. Umes ließ uns mit einfühlsamen Worten an seinem Leben in Deutschland teilhaben. Als Kind von 12 Jahren musste er fliehen und gelangte nach Deutschland. Er ist zwar seiner Heimat sehr verbunden, fühlt sich aber mehr als Deutscher.

Ein besonderer Mensch, der bei einer unangenehmen Begegnung immer noch das Positive im Menschen sieht. Geschickt verpackt hat er manchen Hinweis, sich dem Fremden gegenüber zu öffnen und seine Seele kennen zu lernen, manchmal reicht auch ein freundliches Lächeln. Sein Buch ist sehr lesenswert.

Unser Team Sport und Spiel hatte dann zum Tag des Flüchtlings in die Sporthalle auf dem Friedberg zu einem Trommelworkshop eingeladen. Clown Andreas Schulze aus Erfurt begeisterte mit seinem mitreißenden Programm Flüchtlinge aus der Erstaufnahme und Flüchtlinge der Weiterbildungsfirma wbm. Andi fand mit seinen unterschiedlichsten Musikinstrumenten und Trommeln Zugang in die Seele der Teilnehmer. Es war unbeschreiblich, die vielen strahlenden Gesichter zu sehen. Zum Schluss riefen die mehr als 60 Teilnehmer immer wieder „danke, danke“. Der Nachmittag war dann den Kindern mit einem Familienfest vorbehalten. Es kamen mehr als 50 Kinder, die begeistert dem Puppenspieler zusahen. Seine Puppen nahmen die Kinder mit zu einer Tanzshow, wo es keiner Worte bedurfte. Anschließend nutzten die Kinder Sport- und Spielangebote und wurden zum Abschluss mit kleinen Geschenken überrascht.

– Karin Hornschuch –

Termine November 2018

Mo	05.11.	09.30 Uhr	Regionalberatung Südthüringen der Partei DIE LINKE, Hildburghausen
		18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	06.11.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
		19.00 Uhr	DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle „Das Kaninchen bin ich“, RE. Kurt Maetzig DDR 1965; Uraufführung am 13.12.1989
FR	09.11.	16.00 Uhr	Gedenken an die Pogromnacht an der Stele, Straße der O.d.F.
Mo	12.11.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	14.11.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
		19.00 Uhr	„November ´18 - als die Revolution nach Deutschland kam“ Vortrag und Diskussion mit Stefan Bollinger, Kulturbaustelle.
Fr	16.11.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
		18.00 Uhr	„Meine Reise nach Amerika“, Ina Leukefeld berichtet über ihre Eindrücke im „Trumpland“, Kulturbaustelle
Sa	17.11.	10.30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Wahl unserer Vertreterinnen und Vertreter für die BundesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019, Zella-Mehlis, Mehrzweckhalle „Schöne Aussicht“
Mo	19.11.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	20.11.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	21.11.	18.00 Uhr	„Live aus dem Landtag“ zum Thema „Seniorenpolitik und Pflege“, Volkssolidarität Suhl, Am Himmelreich 2A (siehe „Kasten“)
Do	22.11.	18.00 Uhr	BO Versammlung Süd Ost
Mo	26.11.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Neues Rathaus
Mi	28.11.	14.00 Uhr	AG Senioren/Seniorencafe, Geschäftsstelle
		19.00 Uhr	„Inside AfD“ Lesung & Diskussion mit Franziska Schreiber, Kulturbaustelle

Einladung zu meiner Veranstaltung „Live aus dem Landtag“

Eingeladen habe ich als prominenten Gast **Frau Ines Feierabend**, Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Mein Thema diesmal:

„Seniorenpolitik und Pflege“
Mittwoch, 21.11.2018, 18.00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Am Himmelreich 2A, Suhl

Ina Leukefeld, MdL

Rechtsrock-Konzerte sind kommerzielle Veranstaltungen – keine politischen Versammlungen!

Unter **www.weact.campact.de/petitions/rechtsrock-konzerte-sind- kommerzielle-veranstaltungen-keine-politischen-versammlungen**
kann die Petition unterschrieben werden.